



Editorial

Die Trendschätzung der Schweizerischen Buchhaltungszahlen 2010 durch die Forschungsanstalt Agroscope zeigt, dass die Bäuerinnen und Bauern im zweiten Jahr in Folge weniger verdient haben. Dies ist im Wesentlichen auf die tieferen Preise und Erträge (Milch, Fleisch) zurückzuführen. Positiv stimmt, dass tiefere Kosten die tieferen Erträge etwas zu kompensieren vermochten. Es ist Tatsache, dass die Kosten markant besser beeinflusst werden können als die Einnahmen. Ein straffes Kostenmanagement ist somit für jeden Betrieb von grösster Bedeutung.



An der Landratssitzung vom 20. April 2011 hat der Rahmenkredit 2012-2015 für die Landwirtschaft die Hürde der Zweidrittelsmehrheit nicht geschafft. Mit Nachdruck wird das Ziel verfolgt, dass der Landrat an der Julisitzung einen Rahmenkredit 2012-2015 für die Landwirtschaft behandeln und bewilligen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt sind beispielsweise Zusicherungen im Bereich der Strukturverbesserungsmassnahmen eingeschränkt.

Andreas Egli, Vorsteher ALW

Agrarpolitik 2014-2017

Kernelement der Agrarpolitik 2014-2017 ist die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems. Mit gleich bleibenden finanziellen Mitteln sollen durch weitere Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft verbessert werden. Die Vernehmlassung ist eröffnet und dauert bis Ende Juni 2011. Eine Koordination mit den Nachbarkantonen der Zentralschweiz und den bäuerlichen Organisationen läuft. Der Fahrplan der Agrarpolitik 2014-2017 sieht wie folgt aus:



Umsetzungsschritte	Termin
• Vernehmlassung	• Bis 29.06.2011
• Verabschiedung Botschaft	• Ende 2011
• Behandlung im Parlament	• Ab 2012
• Vernehmlassung zum Verordnungspaket	• Sommer 2013
• Inkrafttreten	• 01.01.2014



Runder Tisch mit dem Veterinärdienst der Urkantone

Am 23. Februar 2011 fand unter der Leitung von Regierungsrätin Yvonne von Deschwanden eine Besprechung zu den Themen Tierschutz, Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Tierarztneimittel/Blau Kontrollen statt. An der Sitzung nahmen Regierungsrat Ueli Amstad, verschiedene bäuerliche Landräte, Landräte der zuständigen Aufsichtskommissionen, Vertreter des Bauernverbandes und der Metzgerbranche sowie Mitarbeiter des Veterinärdienstes der Urkantone und der zuständigen Ämter teil. Es ist die Aufgabe des Veterinärdienstes der



Urkantone zahlreiche Bundes- und Kantongesetze umzusetzen. Dies ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Dabei sind auch Kontrollen notwendig. Wichtig ist, einander bei diesem Prozess zu begleiten und nicht Fronten aufzubauen. Dabei soll die Kommunikation zwischen Nidwalden und dem Veterinärdienst verbessert werden. Der Nidwaldner Tierarzt Markus Niederberger wird in Zukunft als neuer Amtstierarzt in unserem Kanton tätig sein.

Tierschutz

Im Herbst 2008 wurde das revidierte Tierschutzgesetz in Kraft gesetzt. Diese Gesetzesrevision beinhaltet u.a. auch neue Vorschriften für die Nutztierhaltung. Für notwendige bauliche Anpassungen im Bereich Rindviehhaltung wurde eine Übergangsfrist bis 2013 gewährt.

Das Amt für Landwirtschaft unterstützt die Nidwaldner Rindviehhalter mit einzelbetrieblichen Beratungen und Tierschutzworkshops. Ziele dieser Workshops sind, dass die Betriebsleiter die Anforderungen der revidierten Tierschutzverordnung kennen und den Anpassungsbedarf auf ihren Betrieben abschätzen können. Auf Praxisbetrieben werden Varianten von kostengünstigen Umbaulösungen aufgezeigt. Die Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten wird aufgezeigt und mit dem Betriebsleiter wird ein Massnahmenplan für die Umsetzung auf dem eigenen Betrieb erstellt.

Gleichzeitig zu den Heimställen wird die Umsetzung des baulichen Tierschutzes auf den Alpen vorbereitet. Die Landwirtschaftsämter der Urkantone erarbeiteten zusammen mit dem für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Veterinäramt der Urkantone ein Vorgehens- und Umsetzungskonzept. Dabei wird den speziellen Verhältnissen der nur zeitlich befristeten Benutzung der Alpställe Rechnung getragen. Auch werden für allfällige Anpassungen angemessene Fristen gewährt. In der Alpsaison 2011 und 2012 werden alle Alpställe, in denen länger als 20 Tage Alptiere gehalten werden, erhoben.

Moderne Melioration Wolfenschieszen

Um die negativen Einflüsse der drei Projekte «Hochwasserschutz», «Schliessung der ZB-Bahnübergänge» und «Staubecken EWN» auf die Landwirtschaft möglichst gut abzufedern, ist auf

dem Talboden der Gemeinde Wolfenschiessen und Teilen Dallenwils eine Güterzusammenlegung geplant. Mit Hilfe der Arbeitsgruppe «Moderne Melioration Wolfenschiessen», der auch Bewirtschafter und Grundeigentümer angehören, wurde ein provisorisches Bezugsgebiet ausgearbeitet. Die Bewirtschafter der betroffenen Parzellen wurden bereits informiert, bis Ende Juni ist eine Information der Grundeigentümer geplant. Als Trägerschaft, welche die Ausarbeitung des Detailprojektes in die Hand nimmt, ist die Gründung einer Flurgenossenschaft geplant. Diese kann als starker Verhandlungspartner gegenüber den geplanten Infrastrukturprojekten auftreten und diese beeinflussen. Die Gründungsversammlung soll noch im 2011 stattfinden.

Ressourcenprojekt Ammoniak

Zentralschweiz

2010 wurde das interkantonale Ressourcenprojekt zur Verminderung der Ammoniakverluste und der Geruchsemissionen aus der Landwirtschaft gestartet. Daran beteiligt sind die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Das Projekt ist gut gestartet, obwohl die gesetzten Ziele bezüglich Beteiligung von Seiten Landwirtschaft nicht erreicht werden konnten. Insbesondere bei der nichtbäuerlichen Bevölkerung stösst das Projekt auf grosse Akzeptanz.

Die Kennzahlen bezüglich der Nidwaldner Beteiligung wurden im «ALW Infobulletin Herbst/Winter 2010» publiziert.

Die Vereinbarung, welche die Betriebsleiter mit dem Kanton abgeschlossen haben, beinhaltet auch die Verpflichtung, die betrieblichen Stickstoffflüsse zu analysieren und damit möglich Verlustquellen zu eruieren. Diese Analyse wird mittels dem Stickstoffbilanzierungsprogramm «AGRAMMON» durchgeführt. Das Amt für Landwirtschaft unterstützt die Betriebsleiter bei dieser Verpflichtung. Auf Wunsch und nach Absprache werden die notwendigen Berechnungen direkt auf dem Betrieb durchgeführt. Anhand der Resultate können Empfehlungen gemacht werden, wo und mit welchen Massnahmen Stickstoffverluste reduziert werden können und damit mehr wertvoller Nährstoff für die Pflanzendüngung zur Verfügung steht.

Direktzahlungen 2010 und Betriebskontrollen

Im Jahr 2010 konnte die Betriebsdatenerhebung, welche auch als Grundlage für das Direktzahlungswesen dient, erstmals freiwillig per Internet erfolgen. Gut 100 Betriebe nutzten diese Möglichkeit.

An 467 Ganzjahresbetriebe und 134 Alpbetriebe wurden Direktzahlungen im Umfang von 21.5 Mio. (2009: 21.25 Mio.) ausgerichtet.

Im Rahmen der Direktzahlungskampagne 2010 fanden 220 (2009: 215) koordinierte Betriebskontrollen statt (154 ÖLN-, 68 Bio-, 60 BTS- und 89 RAUS-Kontrollen, 96 Inspektionen in den Bereichen Milchhygiene Primärproduktion und Tierverkehr sowie 161 Kontrollen für die Label wie IP-Suisse oder QM-Schweizerfleisch). Bei 47 Betrieben musste aufgrund von nicht vollständiger Einhaltung von Bedingungen und Auflagen eine Kürzung der Direktzahlungen vorgenommen werden, welche gesamthaft Fr. 36'000.- umfasste. Beim ÖLN wurden 38, beim Biolandbau 2, bei den Tierhaltungsprogrammen RAUS 9 und BTS 8 Kürzungen ausgesprochen.

In den meisten Fällen wurden nicht eingehaltene Tierschutzanforderungen (unsachgemässe Anbindehaltung, unerlaubter Viehtraineinsatz, Kälberhaltung) und mangelhafter Auslauf für angebunden gehaltenes Rindvieh (zu lange Auslaufunterbrüche, fehlende Aufzeichnungen) beanstandet. Im Pflanzenbau ist vorab die mangelhafte Bewirtschaftung von Pufferstreifen der Kürzungsgrund. Oft waren auch fehlende, nicht aktuelle oder mangelhafte Aufzeichnungsunterlagen Grund der Beanstandungen.

Die Zentralschweiz an der Grünen Woche Berlin 2013

Die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Zug haben beschlossen, dass die Zentralschweiz als Gastregion an der Grünen Woche Berlin vom 17. bis 26. Januar 2013 teilnimmt.

Die Internationale Grüne Woche Berlin ist die grösste Messe der Land- und Ernährungswirtschaft Europas. Die Schweiz ist seit mehreren Jahren mit verschiedenen Gastregionen an der jährlich stattfindenden Grünen Woche Berlin präsent. Der einheitliche Auftritt der Schweiz steht unter der Federführung der Agro-Marketing Suisse (AMS).

Zentralschweizer Auftritt mit dem Tourismus

An der Grünen Woche Berlin besteht die Möglichkeit, Zentralschweizer Produkte und Dienstleistungen der Land- und Ernährungswirtschaft einem internationalen Publikum zu präsentieren. Überdies kann sich die Zentralschweiz als attraktive Tourismusdestination vorstellen. Ergänzt wird der Auftritt mit einem Restaurant, das den Besucherinnen und Besuchern eine grosse Auswahl an Zentralschweizer Spezialitäten und ein attraktives Rahmenprogramm anbietet. Da Deutschland zu den wichtigsten Abnehmern von Schweizer Produkten – insbesondere von Käse und anderen Milchprodukten – gehört und die Schweiz eine beliebte Feriendestination der Deutschen ist, bedeutet der Zentralschweizer Gastauftritt ein grosse Chance. Diese gilt es mit überzeugenden landwirtschaftlichen und touristischen Produkten sowie einer sympathischen und authentischen Präsentation zu nutzen.

Projektplanung gestartet

Organisiert wird der Zentralschweizer Auftritt von einer Projektgruppe bestehend aus Vertretern der Landwirtschaftsämter der beteiligten Kantone, des Tourismus, Branchenvereinigungen sowie der AMS. Die Projektgruppe wird geleitet von Bruno Abächerli, Leiter Amt für Landwirtschaft und Umwelt OW.

In einem ersten Schritt wird bis Mitte Jahr 2011 das Ausstellungskonzept ausgearbeitet. Ziel ist es, dass die Vorbereitungsarbeiten bis Ende Jahr soweit vorangeschritten sind, dass allfällig offene Fragen der Ausstellungsgestaltung anlässlich der Grünen Woche 2012 vor Ort bereinigt werden können.